

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Bernh. Gär., Düsseldorf 100, Tannenstraße 33.
Druck und Versand Joh. van Rään, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4692.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Bekanntmachung.

Allen Mitgliedern zur gest. Kenntnisnahme, daß die Zentralstelle des Verbandes verlegt worden ist nach

Düsseldorf 100

Tannenstraße 33,

Fernruf 4423. — Telegramm-Adresse: Textilverband Düsseldorf — Postcheckkonto Amt Köln 9466.

Alle für Zentralvorstand und Hauptgeschäftsstelle bestimmten Postsendungen sind nur an diese Adresse zu richten. Im Interesse einer schnellen Erledigung der Geschäfte liegt es, wenn alle Postsendungen an die Zentrale mit einem entsprechenden Vermerk versehen sind, woraus sofort erkennbar ist, für welche Abteilung an der Zentrale die Sendung bestimmt ist.

Notwendigkeit der Arbeiterbildung.

I.

Die Gewerkschaften müssen Gewicht darauf legen, daß möglichst viele Mitglieder geistig strebsame und einsichtige Menschen sind. Die Elite dieser, die den stumpfen und ungesägig blinden Drang der großen Masse befeuert und bewältigen sollen, muß Tag für Tag umfassender und mächtiger werden. Sonst ist die Eigenart der Gewerkschaftsbewegung bedroht.

Mit der Massenansammlung von Arbeitern in Fabriken und Werkstätten verlor die Arbeit beim Lohnarbeiter das Glück des freien, persönlichen, schöpferischen Gestaltens. Die Werkstatt wurde fern von der Familie gelegt, der Zusammenhalt der Familienmitglieder gelockert. Die meisten gewerblichen Lohnarbeiter wanderten aus ihrer Heimat ab, wurden damit aus deren bodenständiger Kultur herausgerissen; am neuen Arbeitsorte fanden sie keine Bodenständigkeit in der Wohngemeinde. Die Seele der Arbeiter verkümmerte, ja verwaarloste in dem Maße, als statt Darbietung bereichernder Bildung und Unterhaltung eine gewinnstüchtige und zumeist auf Sinnverzehrenden Ausnutzung des Erholungsbedürfnisses im Wirtschaftshaus, Theater, Kino, im Schund- und Schmutzchristentum, im wilden Sport und Spiel sich an die Arbeitermassen herandrängte.

Um so mehr hätte eine starke gleichzeitige Pflege der Gesinnungs-erneuerung neben der äußeren Reformarbeit not getan, eine eifrige Bildungsarbeit. Aber die Menschheit liebt das Einseitige, die Uebertreibung. Das Neue vor allem schlägt sie in ihren Bann. Die deutsche Geistesbildung einschließend der Kunst und des Schrifttums entartete zumeist zum Verstandesdrill, zur Wissenspflege. Erst durch die Förderung der Volkstumspflege ging man planmäßig an die Pflege einer in dem Familienleben des Arbeiters verwurzelnden und ihm anwachsenden Geistes- und Herzensbildung heran. Aber es war vielfach doch mehr ein Darbieten von außen her, weniger ein Wecken von seelischem Eigenleben. Es blieb oft zu sehr Unterhaltung, statt daß es Bildung im strengen Sinne wurde. Was man an die Seele des Arbeiters heranbrachte, war ihm vielfach weisens- und lebensfremd. Bildung ist innere Ausweitung und Bereicherung des seelischen Eigenlebens. Die Sozialdemokratie hat unter dem Schwergewicht des der Agitation wegen geförderten Materialismus und Radikalismus niemals ein lebendiges Verhältnis zur Seelenbildung finden können.

So blieb die Arbeiterpersönlichkeit, die Arbeiterfamilie, soweit nicht altererbt, insbesondere kirchliche Ueberlieferungen der ländlichen und kleinstädtischen Kultur sich noch aufrechterhielten, geistig leer, öde, verwaarloste gar inmitten eines Volkes, dessen städtische Oberschicht mehr ihre äußere Gestalt und Lebenshaltung, ihre Zivilisation, als ihre Geistes- und Herzensbildung künstlich steigerte. Leiblich ging es den breiten Arbeitermassen, von der Wohnung abgesehen, besser; geistig, seelisch verarmten sie, verwaarloste ihre Jugend. Die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung stützte sich überwiegend auf die Verbesserung der äußeren Daseinszustände, kam nicht zu einer innerlichen Gesinnungs-erneuerung und Gesinnungs-

pflege. So war die Revolution eine natürlich entwickelte Krisis, ein seelischer Zusammenbruch, ähnlich wie in einer schweren körperlichen Krankheit die Natur Rache nimmt an langer Vergeivaltung der in sie gelegten Naturgesetze.

Heute, da die Arbeiterschaft im wirtschaftlichen und politischen Leben die vorherrschende Klasse ist, da die Arbeiterschaft in der gleichberechtigten Anteilnahme an der Leitung der Betriebe, der Wirtschafts- und Staatspolitik ihre vornehmste Forderung erblickt, da die Arbeiterschaft also der Wirtschaft und dem Staatsleben Eigenes, Besseres zu geben berufen ist, zeigt sich, wie noch so wenig sie aus eigenem Geiste, seelischen, kulturellen Reichtum zu geben vermag. Sie soll ausschlaggebend mitwirken, die Kultur des vorigen kapitalistischen Zeitalters zu wahren und zu pflegen, darüber hinaus sie weiter zu fördern und mit Neuem zu bereichern. In Organisations- und Agitationsarbeit ist man bewandert, in allem übrigen recht arm und hilflos. Weil die tiefe natürliche Seelenbildung über dem Politisieren und Organisieren, auch über der bloßen kirchlichen Pflichtenfüllung veräußert ist oder nicht in ihren starken, von Gott in die Menschennatur gelegten und im Volkstum durch Jahrhunderte gewachsenen Wurzeln gepflegt ist. Man hat mehr von außen her angebracht, statt von innen das Eigenleben geweckt und gefördert.

Echte Bildung im strengen Sinne gilt es darum zu pflegen. Und zwar müssen die Arbeiter selbst diese Bildungsarbeit in die Hand nehmen. Unter Bildung verstehen wir nicht geschwähige Vielwisserei oder gar den Firnis äußerer gesellschaftlicher Formen. Bildung ist die innere, seelische Bereicherung durch die bewußte, harmonische Entwicklung der geistigen Fähigkeiten. Verstand, Gemüt und Willen. Sie ist harmonische Ausbildung, nicht einseitige Bildung des Verstandes oder gar des Gedächtnisses; sie ist die Entwicklung und Erziehung zur Selbsttätigkeit, nicht die Belastung mit ungeordneten, unverständenen und unbewußten Vorstellungen, Kenntnissen und Zielen.

Eine noch mächtige Kraft im Geistes- und Gemütsleben des Arbeiters, zumal des deutschen Arbeiters, ist die Religion. Die zweite große ideale Macht ist die Familie. Und neben Religion und Familie steht als dritter Lebenskreis für den Arbeiter der Beruf.

Die Tüchtigkeit und Freude des Berufs bedingt vor allem Lebensinhalt und Lebensglück des Arbeiters. Die allgemeine Bildung darf die technische Berufsbildung nicht schädigen, sie kann und soll diese ergänzen. Und wenn heute der Arbeiter Teilarbeiter ist, so soll doch Sinn und Interesse auf das Ganze gerichtet sein. Jeder Arbeiter soll mit der Technik des ganzen Betriebes und weiterhin des ganzen Gewerbes bekannt sein, er soll Werkzeuge, Maschinen, Material, Arbeitsmethoden, die ganze Herstellung von Ursprung bis zur Fertigstellung kennen; er soll auch über die Verwendung, den Werbleib (Absatzwege) ein Bild gewinnen. Ferner müssen ihn interessieren die allmähliche Entwicklung der Technik, die Erfindungen und Fortschritte, die noch zu lösenden Schwierigkeiten und Probleme, die wirtschaftliche Entwicklung und Zukunft seines Gewerbes.

Der Weber soll in der ganzen Weberei mit allen Nebenbetrieben und nicht minder in der Spinnerei Bescheid wissen; es wird ihn interessieren die Gewinnung der Baumwolle, der Seide, von Hanf und Flachs, die Geographie, die sozialen Verhältnisse jener Länder, welche diese Rohstoffe liefern; seine ganze Aufmerksamkeit wird rege werden, wenn ihm die allmähliche Entwicklung des Webstuhls, der Spinnmaschine in Modellen und Bildern vorgeführt wird. So muß die Fachbildung im engeren Sinne von uns hochgeschätzt werden. Wir müssen sie betrachten als selbstverständliche Pflicht, als Voraussetzung und Grundlage der allgemeinen Geistesbildung. Tüchtigkeit im Fach weckt und stärkt auch Geisteskräfte und Willen, stärkt vor allem den Charakter.

Der Arbeiter soll sich in dem bilden, was ihm vor allem nahe liegt. Er schuldet es sich selbst, die oft furchtbare Dede und Langeweile seiner mechanischen Arbeit durch weitere Ausblicke zu befruchten. Und liegt es nicht vor allem auch im Interesse der Industrie, sich anstatt stumpfsinniger Automaten, geistig angeregte, offenblickende, ausschauende, sich ihrer Bedeutung bewußte Arbeiter zu schaffen? Wie ganz anders würde auch die

naturwüchsige Kraft und Intelligenz der Arbeiter sich für den Fortschritt der Technik fruchtbar erweisen.

Wer seinen Beruf liebt, der interessiert sich auch für die Berufsgenossen, fühlt sich solidarisch mit denselben. So entwickelt sich das Gefühl des Standesbewußtseins, der Standesehre, des Standesinteresses. Hier ruht das Geheimnis des Erfolges der Gewerkschaftsbewegung. Es war die naturgemäße Gegenwirkung gegen die Gleichmacherei der Stände. Es gilt, diesem berechtigten Standesbewußtsein den rechten Inhalt zu geben, erreichbare Ziele zu zeigen. Hier eröffnet sich wieder eine Fülle von Aufgaben für die Bildungsbestrebungen: Darstellungen aus dem Leben und der Geschichte des Standes, des eigenen Berufs, Geschichte der Standesbestrebungen, Würdigung der berechtigten Ziele, Unterweisung über die rechten Wege der seelischen, geistigen Eingliederung des jetzt gleichberechtigten Arbeiters in die neue demokratische Gesellschaft.

(Diese überaus beachtenswerten Darlegungen haben wir in der Hauptsache einem kürzlich im Volksvereinsverlag M.-Glabach erschienenen Schriftchen, betitelt: Ziele und Wege der Arbeiterbewegung, entnommen. Die Anschaffung des Werkchens ist allen führenden Mitgliedern unserer Bewegung recht warm zu empfehlen, umso mehr, als die in dem Schriftchen gegebene Darlegung der Aufgaben und Ziele der Bildungsbestrebungen stark abweicht von der bisherigen landesüblichen. Es werden die Leser des Schriftchens auch manche wertvolle Anregungen empfangen für die Organisation von Bildungsbestrebungen in unsern christlichen Gewerkschaften. Gerade in diesem Herbst und im bevorstehenden Winter werden unsere Verbände viel mehr als das bisher geschehen konnte in Versammlungen, Konferenzen und besonderen Kursen sowie durch Verbandsorgan, Flugchriften, Broschüren und Bibliotheken die Mitglieder schulen und bilden müssen. Sie werden das ganz besonders im Hinblick auf die immer weiter fortschreitende Radikalisierung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung machen müssen. Unsere christliche Gewerkschaftsbewegung muß sich noch mehr und Zug um Zug innerlich und äußerlich auch von den radikalen Gewerkschaftsmethoden der sozialistischen Richtung freimachen. Wir können uns als nach jeder Seite selbständigen Richtung von linksradikaler Seite nicht vorzeichnen lassen, was diese als im Interesse der Arbeiter liegend für notwendig erachtet. Wir können und wollen auch nicht blinde Gefolgschaft Führern geben, die ihre gewerkschaftlichen Gedanken gegen die Annahme einer radikalen und antichristlichen Ideenbewegung und Organisation zu schützen nicht vermögen. Ueber diese und andere praktische Folgerungen aus dem oben Angeführten Weiteres in der nächsten Nummer.)

Gewerkschaftliches Leben in Deutschland.

Nach Beendigung des Krieges hat die christliche Gewerkschaftsbewegung sehr stark das Bedürfnis empfunden, sich mit verwandten Organisationsformen des Auslandes zu verständigen. Vor einigen Monaten tagte in Haag eine internationale christliche Gewerkschaftskonferenz, an der der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes Franz Behrens teilnahm, und in Genf ist neulich der Versuch gemacht worden, die christlichen Bergarbeiter der verschiedensten Kulturländer zusammenzuschließen. Das ist keine Internationale nach Art derjenigen von 1849 und 1876, erst recht nicht eine Internationale wie die von Moskau. In diesen internationalen Bestrebungen, die von christlicher Seite gefördert werden, pulsiert der nationale und vaterländische Gedanke, und diese Vereinigungen haben nur den Zweck, einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Ländern herbeizuführen und möglichst eine gleiche Kulturhöhe in der internationalen Arbeiterwelt zu schaffen. Die gemeinsamen Interessen der Arbeiter aller Länder zu pflegen, um so den sozialen Einfluß in der Gesetzgebung der Kulturvölker zu verstärken. Unter diesem Gesichtspunkte ist eine christlich-internationale Vereinigung der Arbeiter aller Länder mit Freuden zu begrüßen, und es ist mit Sicherheit anzunehmen, wenn sich der Gedanke reiflos verwirklichen läßt, daß dann auch segensreiche Folgen für die politischen Beziehungen unter den Völkern sich ergeben müssen.

Das gewerkschaftliche Leben in Deutschland nimmt einen ungeheuren Aufschwung. Nicht ist gewerkschaftliche Hochkonjunktur. Bekanntlich haben alle Gewerkschaftsrichtungen im letzten Jahre eine Umgruppierung vorgenommen. Die früheren freien oder sozialdemokratischen Gewerkschaften haben sich im Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbunde eine neue Organisationsform gegeben. Die christlichen Gewerkschaften haben sich im Deutschen Gewerkschaftsbunde neu organisiert. Die früheren Christlich-Deutschen Gewerkschaften führen jetzt den Namen Deutscher Gewerkschaftsring, und die wirtschaftsfriedlichen oder gelben Gewerkschaften der Vorkriegszeit haben sich im Nationalverbande der Deutschen Gewerkschaften vereinigt. Aber nach wie vor werden die wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaftsorganisationen von den älteren Gewerkschaftsgattungen als eine vollwertige Gewerkschaftsrichtung nicht anerkannt, weil ihnen die gewerkschaftlichen Merkmale fehlen. In der Gegenwart sind mehr als 11 Millionen Arbeiter und Angestellte in den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen organisiert. Vom vaterländischen Gesichtspunkte aus betrachtet, müssen wir wünschen, daß die christlich-nationale Richtung so erstarke, daß der Geist des Marxismus im Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbunde überwunden wird. Von Karl Marx sind ja bekanntlich die Strömungen ausgegangen, die die organisierte Arbeiterbewegung auf die internationale und antireligiöse Linie geschoben haben. Wenn in der Zukunft die christlich-nationale Arbeiterbewegung eine weitere Verstärkung erfährt, und wenn sie innerlich geschlossen bleibt, dann ist es möglich, daß ihr Einfluß so stark wird, daß der marxistische Entgiftungsprozeß sich im Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbunde noch stärker als bisher bemerkbar macht. Worauf es ankommt ist: die Massen aus dem marxistischen Banne und aus der internationalen und revolutionären Psychose zu befreien. Das kann aber nur geschehen, wenn eine große christlich-nationale Arbeiterbewegung, die vermöge des Schwergewichts ihrer Masse anziehend wirkt, vorhanden ist. Eine solche Arbeiterbewegung wird ganz von selber die Parole praktisch verwirklichen: Los von Marx, hin zu Bismarck. Los vom historischen Materialismus und hin zur christlichen Weltanschauung. Los vom Kommunismus und hin zum christlichen Sozialismus.

Paul Kasper.

Die Erwerbslosenfürsorge.

In knapper, gemeinverständlicher Form gibt der Ministerialrat im Preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt, v. Selbern, in einer der vom Wohlfahrtsministerium von Selbern herausgegebenen zur Aufklärung über die öffentliche Wohlfahrtsarbeit bestimmten Schriften einen Ueberblick über Voraussetzung, Grundlage und Durchführung der Erwerbslosenfürsorge. Wir entnehmen dem bei der Vereinigung wissenschaftlicher Verleger in Berlin W. 10 im Erscheinen begriffenen Heft den nachstehenden Abschnitt über die Leistungen der Erwerbslosenfürsorge in Preußen.

Preußen

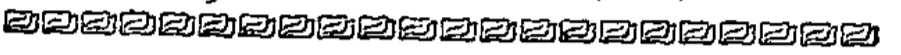
wurde an Erwerbslosenunterstützung von Reich und Staat gezahlt täglich:

am 1. Januar 1919	1 623 477 M.
" 1. April 1919	1 319 386 "
" 1. Juli 1919	748 702 "
" 1. Oktober 1919	625 737 "
" 1. Januar 1920	519 256 "
" 1. März 1920	602 627 "

Die Gesamtausgaben stellen sich um den Gemeindeanteil, also noch um ein Sechstel, höher. Im Rechnungsjahr 1919 (1. April 1919/1920) ist in Preußen verausgabt worden

vom Reich die Summe von	137 064 230 M.
" " " " " "	87 043 132 "

Die Gesamtausgaben (einschließlich des Gemeindeanteils) stellen sich also in dieser Zeit, wenn man den Anteil des Reiches zugrunde legt, auf rund 2x137=274 Millionen Mark, wenn den Anteil des Staates, auf rund 3x87=261 Millionen Mark. Die letztgenannte Zahl ist die zutreffendere; in dem Anteil des Reiches sind nämlich die Zuschüsse an leistungsschwache Gemeinden mit enthalten.



Wissen ist noch nicht Bildung.

Je größer die politischen und wirtschaftlichen Erfolge der Arbeiterbewegung werden, um so heftiger wird der geistige Hunger und Durst nach innerer Bereicherung der Arbeiterseele durch echte bodenständige Bildung, die etwas ganz anderes als bloßes sachliches, politisches, soziales, selbst religiöses Sachwissen ist.

Die christliche Arbeiterbewegung hat sich auf den Boden der durch die sozialistische Revolution geschaffenen noch unfertigen Demokratie gestellt. Damit, daß manche ihrer Führer in deren leitende Ämter aufgerückt sind, ist erst die äußerliche Arbeit der Schaffung der Betriebs-einrichtung geleistet; diesem Apparat gilt es nun eine neue Seele zu geben. Das erfordert aber ernste Bildungsarbeit der Arbeiter selbst.



In Berlin und Vororten

betragen nach einer Zusammenstellung in den „Mitteilungen der Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin“, Sonderheft vom 31. Januar 1920 (Seite 39) die Unterstützungsbeträge bis Ende Oktober 1919, also ebenfalls im Zeitraum eines Jahres,

231 750 948 M.
die Verwaltungskosten 14 508 567 "
mithin die Gesamtausgaben 246 259 515 M.

Diese im Vergleich mit obigen Ziffern verhältnismäßig hohe Summe erklärt sich daraus, daß zu Anfang des Jahres 1919 die Zahl der Erwerbslosen ihre größte Höhe mit rund 1 100 000 erreichte.

Im übrigen betrug die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in Berlin und Vororten ungefähr die Hälfte derjenigen in Preußen, und die Zahl der Unterstützungsempfänger in Preußen ungefähr die Hälfte derjenigen im Reich, wie nachstehende Uebersicht erkennen läßt:

Zahl der Erwerbslosen (Hauptunterstützungsempfänger):

	in Reich	in Preußen	in Berlin u. Vororten
am 1. Januar 1920	371 675	171 724	89 468
am 1. Februar 1920	423 340	195 415	97 897
am 1. März 1920	368 011	173 355	86 340
am 1. April 1920	329 958	153 306	77 500
Ende März 1919			257 500
Ende Oktober 1919			111 765

Die Zahl der Zuschlagsempfänger bleibt hinter diesen Zahlen nur um ein Weniges, oft kaum um 5% zurück. Seit dem Bestehen der Erwerbslosenfürsorge (Dez. 1918) bis Ende März 1920 sind

vom Reich und von den Ländern verausgabt worden:

für die allgemeine Erwerbslosenfürsorge an gesetzmäßigen Beihilfen (10/12) und an Sonderbeihilfen für leistungsschwache Gemeinden sowie nach den Vorschriften über die Behebung des Arbeitermangels i. d. Landwirtschaft	734 791 057 M.
für die Erwerbslosenfürsorge der Textilarbeiter	305 532 090 "
für die Beschäftigten in der Schuhwarenfabrikation	3 231 156 "
zusammen also	1 043 544 311 M.

In derselben Zeit ist zur Unterstützung von Notstandsarbeiten eine Summe von 935 169 400 M. bewilligt worden.

An die Adresse der Falschorganisierten!

Die Führer der sogenannten „freien“ Gewerkschaften werden jedesmal nervös, wenn ihre Organisationen als sozialdemokratische Gebilde bezeichnet werden. Besonders finden sie es in ihrer Agitation auf dem Lande und unter den Arbeiterinnen als sehr störend, wenn ihnen diese Tatsache vor Augen geführt wird. Insofern tritt dies in der „Schwarzen Ecke“, wie sie so gerne den Industriebezirk Aachen nennen, in die Erscheinung. Die roten Agitatoren quälen sich dann im Schweiße ihres Angesichts ab, den Nachweis zu führen, daß in den „freien“ Gewerkschaften Platz sei für jeden, ohne Unterschied der religiösen und politischen Ueberzeugung, daß ihre Ueberzeugung geachtet und jeder als vollwertiges und gleichberechtigtes Mitglied geachtet und gewertet würde. Daß dies keineswegs der Fall ist, ist in hunderten Fällen nachgewiesen. Wer sich von der Achtung der Sozialdemokratie, von der religiösen und politischen Ueberzeugung Andersdenkender, auch wenn sie Mitglied einer „freien“ Gewerkschaft sind, überzeugen will, der kann an manchen Versammlungen Anschauungsunterricht nehmen. Daß Mitglieder der „freien“ Gewerkschaften, welche nicht gleichzeitig wahrhafte Sozialdemokraten sind, als Mitglieder zweiter Klasse zu gelten haben, wird von der Aachener sozialdemokratischen „Freien Presse“ (Nr. 27 vom 21. 9. 20) als eine Selbstverständlichkeit hingestellt. In einem Artikel: „Der Betriebsrätekongress“, in welchem auf die baldige Einberufung eines Betriebsrätekongresses durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen hingewiesen wird,

Konjunktur.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Konjunktur ist ein vielangewandter Begriff. Am zweckmäßigsten setzt man dafür Geschäftsgang. Man spricht von einer guten, flauen oder schlechten Konjunktur, und meint damit, daß die Geschäfte flott gehen, daß dabei entsprechend verdient wird, oder daß der Geschäftsgang langsam ist, daß er stockt. So kann die Weltmarktfrage im gesamten günstig oder ungünstig sein, oder in einzelnen Ländern können die Geschäfte flott vonfluten gehen, während andere unter der Ungunst ihrer eigenen Verhältnisse leiden. Im Inland selber kann es eine allgemein günstige Geschäftslage geben und eine allgemein schlechte. Es ist aber auch möglich, daß einzelne Gewerbe viel zu tun haben, andere dagegen nichts. Der jeweilige Stand des Arbeits-, Geld- und Warenmarktes schafft den jeweiligen Geschäftsgang. Er kann von den Menschen vielfach beeinflusst werden, die Schulung, der Wille und die Laune vermögen die Hemmnisse und Wirrnisse zu bekämpfen, die Störungen einzudämmen. Den größten Antriebsfaktor zu Veränderungen im Geschäftsgang geben die Ernten in den einzelnen Ländern. Von ihnen gehen die sogenannten Konjunkturwellen aus. So bringen große Ernten das Geschäftswesen in Schwung, das Bauwesen wird dadurch angeregt und das greift auf die anderen Gewerbe über. Die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt wächst, die Nachfrage nach Geld ebenfalls. Das nennen wir einen günstigen Geschäftsgang. Umgekehrt verläuft die Entwicklung bei schlechten Ernten. Sie engen ein und beklemmen. Nicht alle Geschäftsinhaber werden von einem rückläufigen Geschäftsgang gleichmäßig getroffen; ebenso, wie nicht alle mit dem aufsteigenden Geschäftsgang wirtschaftlich vorwärts kommen. Es kommt für das einzelne Unternehmen vor allem darauf an, wie es sich einbeholdet, welche Aufträge es hat und zu welchen Bedingungen es liefern muß, ob es rasch oder langsam absetzen kann, in welchem Maße es Kredit (zu welchem Preis) erhält und gibt. Die ersten Weichen eines ungünstigen Geschäftsganges zeigen sich am Arbeitsmarkt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften läßt nach, die Nachfrage nach Arbeit nimmt zu. Dadurch läßt die Kaufkraft nach, der Warenabsatz sinkt, die Nachfrage nach Geld vermindert sich. Waren und Geld (der Zins wird geringer) sinken im Preis, eine ähnliche Neigung zeigt der Warenmarkt. Umgekehrt: Am Arbeitsmarkt sind die ersten Zeichen der Besserung der Geschäftslage wahrzunehmen.

In der Regel ist der Baumarkt das Barometer für den besser oder schlechter werdenden Geschäftsgang. Im allgemeinen wird der Kulturbedarf von einer rückläufigen Bewegung am ersten oder am härtesten getroffen: Es werden weniger Zeitungen, Bücher, Käse gekauft. Der Luxusbedarf oder der gehobene Bedarf fällt. Die Käufer wandern von den wirklichen

Stoffen zu Ersatzstoffen. Ähnlich ist es bei den Schwären: Der Fleischverbrauch geht zurück oder es werden billigere Sorten gekauft. Pferdefleisch steigt im Preis, Kartoffeln werden teurer, weil zu billigeren Erzeugnissen gegriffen wird. Im Wohnungsweien geht ein ähnlicher Wechsel vor sich, in der Bekleidung ebenfalls. Ganz allgemein kann man dies als die Wanderung zum billigeren Stoff oder zur größeren Wirtschaftlichkeit bezeichnen. Neben dem schon genannten Kulturbedarf werden die Schuhindustrie, die Spielindustrie, die Feintoftherstellung und Feintofthandlungen von anhaltendem niedergehenden Geschäftsgang am härtesten betroffen.

Auf den einzelnen Angehörigen eines Gewerbes wirkt die auer werdende Geschäftslage sehr verschieden ein. Bis zu einem gewissen Grad leiden alle darunter. Aber der Stärkere (an Geldmitteln reichere oder der, der sich in größerem Umfang billiger eingedeckt hat) übersteht den Rückgang leichter als der Schwächere. So bringt der Geschäftsrückgang eine Auslese, der Schwächere fällt, der Schwächere wandt, je länger der Warenabsatz stockt oder sich vermindert, um so mehr Gewerbsangehörige fallen ihm zum Opfer. Es gibt aber neben den an Geldmitteln Stärkeren auch solche, die an Schulung und Laune stärker sind, und die deshalb im Geschäftsleben mehr aushalten, als andere. Beim niedergehenden Geschäftsgang wird die Aufmerksamkeit, der Sinn und das Verständnis auf die Verbilligung der Waren und auf die Verbesserung ihrer Beschaffenheit gelenkt. Wenn es gelingt, hier einen Vorzug vor dem anderen zu erhalten, der kommt am e. sten wieder vorwärts und er leistet damit auch der Volkswirtschaft einen Dienst. Durch die Verbilligung der Waren wird die Kaufkraft der Verbraucher gestärkt, der Kaufwille angeregt und der Warenabsatz gehoben. Die Einzelwirtschaft und die Volkswirtschaft wird dadurch im gesamten stärker und leistungsfähiger. Verbilligung und Verbesserung vermehren aber auch die Ausführbarkeit. Durch sie wird die Ausfuhrkraft geschaffen und gehoben, und damit wird der Grundstein zur Einfuhr gelegt.

Ausfuhr ist Abstoßung des Ueberflüssigen und Entbehrlichen (sie sollte es wenigstens sein); Einfuhr ist Ergänzung und Zuzug zum heimischen Bedarf. Führt ein Volk viel Waren ein, so ist dies im allgemeinen ein Zeichen von Stärke; denn es beweist damit, daß es Einfuhrkraft hat. Ein Land wird nicht dadurch wohlhabend, daß es hinausgibt und draußen läßt, sondern indem es hinausgibt, um möglichst viel hereinzubekommen. Darnach ist es klar, daß die Einfuhr nur um der Einfuhr willen betrieben werden darf. Einfuhr und Ausfuhr müssen ganz auf den heimischen Bedarf eingeleitet werden. Also immer auf das Ziel gerichtet sein, die heimische Volkswirtschaft raschmäßig und ausreichend mit den nötigen Gütern zu versorgen. Es ist die Aufgabe der Wirtschaftspolitik, die Gütererzeugung, die Ausfuhr und die Einfuhr in die richtigen Wege zu leiten.

Durch die Reichsbank ist der Staat in der Lage, direkten Einfluß auf die Gütererzeugung auszuüben. In dem die Reichsbank Kredit gibt oder entzieht, indem sie den Zinsfuß hinauf- oder heruntersetzt, kann sie gestaltend (fördernd oder hemmend) in das Wirtschaftsleben eingreifen. Die Geldpolitik der Reichsbank ist geeignet, jähem Wechsel der Geschäftslage vorzubeugen. Sie hat es zum Beispiel jetzt fast ein halbes Jahr fertigbekommen, dem deutschen Geld in dem maßgebenden Ausmaß eine gewisse Beständigkeit zu geben. Das erreichte sie, indem sie sich mit erheblichem Aufwand große Bestände an ausländischem Geld beschaffte (das sogenannte Fettpolster an sammelte) und allemal dann einen Teil davon abstieß, wenn das ausländische Geld die Neigung zeigte, erheblich im Preise zu steigen. Auf die Dauer ist die Reichsbank natürlich nicht infände, dem deutschen Geldwert Beständigkeit zu geben, wenn sie durch die schlechte Wirtschaftslage gedrückt wird, immer neues Papiergeld auszugeben. Wenn das Papiergeld von 50 auf 60 und 70 Milliarden Mark anwächst, so muß sich das eines schönen oder un schönen Tages ungünstig bemerkbar machen. Der Wert des deutschen Geldes muß bei andauernder Vermehrung des Papiergeldes im In- und Ausland sinken. Wenn immer mehr davon ausgegeben wird, wird das Geld, das schon im Verkehr ist, immer mehr entwertet (ähnlich wie der Wein immer mehr verwässert wird, wenn ihm mehr Wasser zugesetzt wird). Also dagegen kann die Reichsbank kaum etwas tun; aber sie kann durch geeignete Maßnahmen doch dafür sorgen (wie sie es ja auch getan hat), daß die Entwertung nicht plötzlich und sprunghaft vor sich geht und daß sie immerhin von großer Bedeutung. Dadurch erhalten die wirtschaftlichen Beziehungen eine gewisse Ueberstabilität und eine zeitweilige Festigkeit.

Auf die jeweilige Geschäftslage haben neuerdings die Arbeitnehmer einen größeren Einfluß gewonnen. Viele Unternehmer haben dies erkannt, aber es hat doch den Anschein, daß diese Tatsache nicht immer richtig beachtet wird. Sowohl ein Teil der Arbeitgeber als auch ein Teil der Arbeitnehmer haben sich noch nicht richtig in die neuen Verhältnisse hineingedacht. Kurz zusammengefaßt: Es geht nicht ohne den guten Willen der Arbeitnehmer; es wird aber auch nichts ohne die Gedulde und die Laune der Wirtschaftsführer gehen. Letzter Endes leiden doch die Hinterbenedigten unter dem zurückgehenden Geschäftsgang immer mehr als die Vornehmeren. Die, die von dem Ertrag ihrer Tagesarbeit leben, haben also ein starkes Interesse daran, daß sich der Geschäftsgang hebt. Wenn sie also dafür eintreten, daß er sich hebt, so arbeiten sie an der Verbesserung ihrer eigenen Wirtschaftslage mit. Alle wollen ihre Lebenshaltung verbessern, deshalb müssen auch alle auf Mittel hinarbeiten, die ein geordnetes und geübliches Wirtschaftsgeschehen ermöglichen: Hebung der Erzeugerkraft steht in Deutschland groß geachtet, alle sollen es lelen und darnach handeln.

F. A. B.

heißt es: „Als Delegierte mit Stimmrecht können nur Betriebsräte gewählt werden, und zwar nur solche, welche als Mitglied einer freien Gewerkschaft die freigewerkschaftlichen Prinzipien und die sozialistische Weltanschauung anerkennen und die gewählt sind von einer Kollegenchaft, welche auf demselben Boden steht“. Das ist deutlich! Die Zahl derjenigen ist nicht klein, die bisher glaubten, in den „freien“ Gewerkschaften gleichberechtigte Mitglieder sein zu können, auch wenn sie sich zu einer anderen als zu einer sozialistischen Weltanschauung bekennen. Heute wissen sie, woran sie sind. Beiträge zahlen dürfen sie, auch das Stimmmaterial abgeben bei den Betriebsratswahlen; wenn sie aber glauben, mitzureden zu können in der wichtigen Frage der Betriebsratsorganisation, werden sie brutal bei Seite gestoßen.

Ob diesen Angestellten, Arbeitern und Arbeiterinnen nunmehr die Augen aufgehen? Ob sie die einzig richtigen Konsequenzen ziehen und einer Gewerkschaft den Rücken kehren, in welcher sie als minderwertig behandelt werden?

Allgemeine Rundschau.

Die Unkosten der Betriebsräte.

Nach dem Betriebsrätegesetz hat der Unternehmer alle Unkosten zu tragen, die sich aus der auf gesetzlichem Boden bewegenden Tätigkeit der Betriebsräte ergeben. Das Betriebsrätegesetz sieht in keiner Weise vor, daß die Unkosten von der Arbeiterchaft des Betriebes durch besondere Beiträge zu bestreiten sind. Trotzdem werden tagtäglich Fälle gemeldet, wo Betriebsräte einfach beschließen, daß jeder Arbeiter pro Woche einen bestimmten Beitrag für die Betriebsräte zu leisten hat. Derartige Beschlüsse der Betriebsräte werden zu Unrecht gefaßt. Es gibt keine Instanz, die auf Grund einer gesetzlichen Vorschrift einen Arbeiter zwingen kann, der Aufforderung des Betriebsrates zur Beitragszahlung zu entsprechen.

Da die infolge Beschlusses des Betriebsrates erhobenen Beiträge zumeist zu anderen als im Gesetz vorgesehenen Aufgaben der Betriebsräte verwandt werden, haben die christlichen Gewerkschaftler die Pflicht, die Zahlung derartiger Beiträge zu verweigern. Niemand kann ihnen zumuten, Gelder für kommunistische Zwecke — für diese werden die Beiträge zumeist Verwendung finden — zu opfern. Für seine wirtschaftliche Interessenvertretung zahlt der christliche Gewerkschaftler einen angemessenen Verbandsbeitrag. Das muß genügen.

Die Fürsorge für Erwerbslose.

Zur besonderen Fürsorge für langfristige Erwerbslose wird uns vom Reichsarbeitsministerium mitgeteilt: In den beteiligten Kreisen wird vielfach die Auffassung vertreten, jedem Erwerbslosen stehe unter bestimmten Voraussetzungen der Anspruch auf etwa 400 Mark aus den Mitteln, die vom Reich und von den Gemeinden und Ländern zu der besonderen Fürsorge für langfristige Erwerbslose bereitgestellt sind, zu. Diese Auffassung ist nicht zutreffend. Sie geht von den Mitteilungen aus, die der Reichsarbeitsminister im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages machte und die in der Tagespresse nicht richtig wiedergegeben wurden. Der Reichsarbeitsminister hat nur gesagt, daß aus den 50 Millionen Mark, die das Reich bereitstellt und aus den Mitteln, die die Länder und Gemeinden dazu geben, nach einer überschläglichen Rechnung im Durchschnitt auf den Kopf der Erwerbslosen 400 Mark entfallen werden. Die Länder und Gemeinden haben aber, wie schon kürzlich in der Presse hervorgehoben wurde, nach den Ausführungsbestimmungen des Reichsarbeitsministers weitgehende Freiheit in der Art und Höhe der besonderen Unterstützung, die sie den Erwerbslosen zukommen lassen können. Selbstverständlich im Rahmen der Mittel, die dafür zur Verfügung gestellt werden konnten.

Die Kartoffel-Preisfrage.

Auf Veranlassung der Konsumenten, in erster Linie der Gewerkschaften und Konsumvereine, hatte die Regierung in Köln die in Frage kommenden Organisationen resp. deren Vertreter am 21. September zu einer Besprechung der Kartoffelpreisfrage eingeladen. Zwischen Vertretern der Regierung und den Vertretern der Landwirtschaft ist derzeit ein Preis von 25 Mark pro Zentner Kartoffeln, dazu 5 Mark Prämie festgelegt worden. Dieser Richtpreis wurde aber, nachdem die Kartoffeln im freien Handel zu haben sind, vielfach überschritten. So sind den Produzenten, wie in der gestrigen Sitzung bekannt wurde, 50—60, sogar 70 Mark für den Zentner geboten worden. Die Ueberpreisgebote sind zum Teil von Betriebsratsmitgliedern, Bezirksvertretern, Konsumvertretern gemacht worden. Es wird notwendig sein, diesen nachzugehen und die Betreffenden auf das Schädliche ihrer Handlungsweise aufmerksam zu machen. Nach den Ausführungen der in der Versammlung anwesenden Vertreter der Landwirtschaft stellte sich die Produktion für einen Morgen Kartoffeln im Jahre 1919 auf 844 bis 877 Mark. Im Jahre 1920 auf 1806 Mark. Der Betrag eines Morgens sei etwa 70 Zentner fortierter Kartoffeln. Die von etwa 300 Vertretern aller in Frage kommenden Kreise als da sind: Bauernvertreter, Reiffeisenverband, Kartoffelhändlervereinigung, Konsumvereine, Gewerkschaften besuchte Versammlung wählte nach mehrstündiger Diskussion eine 20 gliedrige Kommission, die nach zweifündiger Sitzung eine Entschließung herausbrachte. Wesentlichster Inhalt derselben ist, daß für den Zentner Kartoffeln ab Verladebahnhof ein Preis von 25 Mark geltend habe.

Arbeitsrechtsausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Zur Beantwortung aller das Arbeitsrecht betreffenden Fragen in im Deutschen Gewerkschaftsbund ein Arbeitsrechtsausschuß gebildet. Auftragen sind zu richten an den Arbeitsrechtsausschuß des D. G. B., z. Hd. des Herrn Rechtsanwält Peter, Berlin SW 68, Charlottenstraße 86. Der Arbeitsrechtsausschuß ist dankbar für alles Material, das ihm über die Anwendung und Auslegung des Arbeitsrechts zugeht, insbesondere auch für Mitteilungen über Terrorfälle und Mißbrauch mit dem Betriebsrätegesetz.

Aus unserer Industrie.

Wird die deutsche Leinenindustrie endlich vom Ausland Rohstoffe erhalten?

Englischen Quellen zufolge soll bald mit einer größeren Ausfuhr von Rohflachs aus den baltischen Provinzen zu rechnen sein. Hinzugefügt wird, daß sich Deutschland diese Flachsmengen zumeist gesichert habe. — Im Interesse der deutschen Leinenindustrie, die von dem Bezuge ausländischen Flaches seit langem so gut wie abgeschnitten ist, wäre die Bestätigung dieser Nachricht gewiß zu begrüßen.

Die englische Wirkwarenindustrie braucht Deutschland.

Die Bedeutung der englischen Wollindustrie ist unbestritten. Trotzdem gingen vor dem Kriege von Deutschland große Mengen sogenannter „Berlin Wools“ (Strickgarne) nach England, und es hat den Anschein, als ob die englische Wirkwarenindustrie auch weiterhin auf die Unterstützung der deutschen Wollspinnerei nicht verzichten können. In Nottingham und Leicester hat, wie uns berichtet wird, die dortige Wirkwarenindustrie wieder große Mengen von deutschen Strumpfgarnen erhalten. Allerdings soll es sich in diesem Fall zumeist um Garne handeln, welche die deutsche Wollspinnerei in Lohn hergestellt hat.

Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes

zeigt im ganzen ein freundlicheres Bild als in den vorangegangenen Monaten. Mit Ausnahme einiger Zweige darf die Lage aber als befriedigend keineswegs bezeichnet werden.

Aus unserer Bewegung.

Ordentliche Bezirkskonferenz am 11. und 12. September in Rheidt, für den Bezirk Aachen-M.-Glabbach.

Bezirksleiter Ewald Weber eröffnete um 2 1/2 Uhr die Versammlung und begrüßte die erschienenen Delegierten. Ebenfalls begrüßte er unseren zweiten Zentralvorsitzenden, den Kollegen Heinrich Fahrenbrach, welcher der Tagung beiwohnte.

Nach der Büromahl nahm Kollege Fahrenbrach das Wort zu seinem Vortrag über unsere „Allgemeine wirtschaftliche und gewerkschaftliche Lage“. Eingangs seiner Worte überbrachte er zunächst die Grüße des Zentralvorstandes an die erschienenen zahlreichen Delegierten. In seinem Vortrage wies Kollege Fahrenbrach darauf hin, daß man in den verflochtenen Kriegsjahren reiflos tätig gewesen war, Kulturgüter zu vernichten. Wir haben in Deutschland eine schwere Einbuße an Menschenkraft. Die Uebriggebliebenen haben schwer gelitten durch die Hungerblockade. Dazu kommen die ungeheuren Schulden des Reiches. Dies alles muß man sich vor Augen halten, um unsere Gesamtwirtschaft zu beurteilen. Zu klarer und bereiter Weise legte er den Delegierten ihre Aufgaben für die Zukunft vor. Im zweiten Teile seines Vortrages entwickelte Kollege Fahrenbrach unsere gewerkschaftliche Lage. Der Mitgliederstand ist in erfreulicher Weise stark gewachsen. Von 73 000 im zweiten Quartal v. J. sind wir auf 112 000 im zweiten Quartal d. J. gestiegen. Ebenso haben sich die Kassenverhältnisse merklich gebessert. Wir haben heute einen Kassenbestand von 2 1/2 Millionen. Dagegen sind die Ausgaben infolge der bestehenden Krise in der Textilindustrie besonders groß. An Kranken- und Arbeitslosenunterstützung wurden im letzten Quartal eine Million ausgezahlt. Kollege Fahrenbrach drückte den Wunsch aus, auch hier im linksrheinischen Bezirk recht bald zur Eingliederung der Arbeiter in die Reichsarbeitsgemeinschaft zu kommen, und wies auf die Notwendigkeit einer geschlossenen christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung hin. Darauf folgte der Bezirksbericht des Bezirksleiters Kollegen Weber. Er wies darauf hin, daß er in diesem Jahre manches Erfreuliche und auch manches Mäherliche zu berichten habe. Er entwickelte ein klares Bild über die Lage unseres Bezirks und wies auf die schwierigen Verhältnisse desselben hin. Kollege Weber kam auf die schlechte Geschäftslage in der Textilindustrie zu sprechen und legte die Ursachen der Krise dar. Auch bei gutgehender Konjunktur reiche das Geld kaum aus, um die rationierten Lebensmittel zu kaufen, trotz der Erhöhung der Löhne. Es muß unsere Aufgabe sein, auf der einen Seite eine Erhöhung der bestehenden Löhne und nach der anderen Seite eine Preislenkung der Lebensmittel herbeizuführen. Der Mitgliederbestand ist im Aachen- und M.-Glabbacher Bezirk stark gewachsen und zwar im Berichtsjahre von 17 530 auf 26 993, eine Zunahme von 9 463 Mitgliedern. Ebenso günstig sind die Kassenverhältnisse des Bezirks. Einer Gesamteinnahme für die Zentrale von 1 097 666,93 Mk. stand eine Ausgabe an Unterstützung von 237 942,45 Mk. gegenüber, jedoch der Zentralkasse noch 878 072,23 Mk. überwiesen werden konnten.

Der Bestand der Ortsgruppenkassen ist ebenfalls günstiger und beträgt am Schlusse des Quartals 93 209,91 Mk. Ebenso steht es mit der Bezirkskasse. Die Einnahmen betragen bis 30. Juni 1920 101 963,21 Mk., die Ausgaben 23 395,02 Mk. mithin bleibt ein Bestand von 78 667,36 Mk. Ferner wies Kollege Weber auf den günstigen Verlauf der Betriebsratswahlen hin. Aus dem Wahlkampf sind wir mit Zweidrittelmehrheit hervorgegangen, trotzdem uns noch ein Teil der Stimmen verloren gegangen ist. Bezüglich der Erwerbslosenfürsorge wurde die rege Teilnahme unseres Verbandes an die erreichte Besserung auf diesem Gebiete und auf die Erhöhung des ortsüblichen Laaelohnes freudig begrüßt.

Zum Schlusse richtete Kollege Weber einen warmen Appell an alle Kolleginnen und Kollegen, sich auch in Zukunft für das Wohlfühlen und Gelingen unseres Verbandes auf das Regste zu betätigen und sprach ihnen seinen Dank für die Bemühungen des verflochtenen Jahres aus.

Darauf nahm Kollege Hermes-M.-Glabbach das Wort und berichtete über die Verhältnisse des engeren M.-Glabbacher Bezirks und ermahnte auch die Delegierten mit aller Energie und mit Ausdauer an die Arbeit zu gehen, um unseren Verband vorwärts zu bringen. Es entspann sich eine rege Diskussion, welche die volle Einmütigkeit mit den Ausführungen der Referenten bezeugte.

Die Referenten, Kollegen Effer-M.-Glabbach und Schümmer-Nachen, erklärten, die Bezirkskasse geprüft und alles in bester Ordnung gefunden zu haben. Den beiden Bezirksleitern wurde Entlastung erteilt. Damit war die erste Sitzung zu Ende. Die zweite Sitzung begann am Sonntag, den 12. September, morgens 9 Uhr.

Kollege Weber eröffnete die Versammlung und las folgende Anträge vor: 1. Die am 11. und 12. September in Rheidt tagende Konferenz des Bezirks Aachen-M.-Glabbach-Pfalz vertritt den Standpunkt, daß es unerlässlich notwendig erscheint, für die zahlreichen weiblichen Mitglieder im Bezirk eine weibliche Agitationskraft freizustellen. Die Konferenz bittet den Zentralvorstand, eine geeignete Kraft ausfindig zu machen und halbmöglichst anzustellen. Danach wurden zwei Resolutionen angenommen und bestimmt, dieselben zu veröffentlichen.

1. Die Bezirkskonferenz Aachen-M.-Glabbach bez. Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands spricht ihre Enttäuschung aus über den Widerstand der Arbeitgeberverbände der Textilindustriellen im linksrheinischen Bezirk gegenüber den vielfachen Bemühungen auf Bildung einer Bezirksgruppe Linksrhein im Rahmen der Reichsarbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie. Der Delegiertentag erhebt erneut die Forderung auf Bildung der Arbeitsgemeinschaft für den linksrheinischen Bezirk und bittet die Verbands- und Bezirksleitungen, mit aller Entschiedenheit und mit den schärfsten Mitteln die Bildung der Arbeitsgemeinschaft zu erwirken.

2. Die Bezirkskonferenz Aachen-M.-Glabbach bez. Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands drückt ihre Zufriedenheit darüber aus, daß die vielfachen Bemühungen der Verbandsleitungen auf Erhöhung und Ausbau der Erwerbslosenunterstützung bei der Reichs- und Landesregierung Verständnis gefunden und von reifweisem Erfolg gewesen sind. Leider muß festgestellt werden, daß in manchen Kommunalverbänden wenig Verständnis für die Notlage der Arbeitslosen und Kurzarbeiter zu finden ist. Die Delegierten erwarten weitgehendes Entgegenkommen seitens der Kommunalverwaltungen und entschiedenes Eintreten seitens der Stadt- und Gemeindevertreter zur Erlangung der hollen, von der Regierung zugewilligten, Unterstützungssätze und Sonderzulagen des Reiches. Weiterhin fordern die Delegierten von Regierung und Reichstag die baldige Einführung der Reichsarbeitslosenversicherung mit ausreichenden Unterstützungssätzen.

Am Wichtigsten und Notwendigsten ist jedoch die Beschaffung ausreichender Arbeitsmöglichkeiten durch Vergebung von Regierungsaufträgen an die Textilindustrie. 3. Die am 11. und 12. September in Rheidt tagende Bezirkskonferenz des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter stellt an die Gemeindeverwaltungen in Stadt und Land den bringenden Antrag, für Zweck der Jugendpflege ausreichende Mittel bereit zu stellen, damit es in gemeinsamer Arbeit Kommune und Gewerkschaft ermöglicht wird, die Aufgaben der allgemeinen Jugendpflege zu verwirklichen.

Nachdem Kollege Fahrenbrach einen lehrreichen Vortrag über den Aufbau unserer Betriebsratsorganisation gehalten hatte, wurde zu den notwendigen Wahlen geschritten. Es wurden als Mitglieder des Bezirksleiterrat folgende Kollegen gewählt. Für den Bezirk Aachen: Peter Servais, Aachen; Joseph Neus, Jüngerbroich; Johann Nachen, Bedburg, Salmitr. 4; Anton Schjfen, Cuxkirchen, Keltstr. 7. Für den Bezirk M.-Glabbach: Heinr. Schüller, M.-Glabbach-Benn, Stationsweg 22; Jos. Fischer, M.-Glabbach-Windberg, Kirchstr. 23; Wilhelm Schüren, Rheidt, Bachstr. 182; Joseph Thelen, Hochneukirch, Holzstr. 135.

Kollege Fahrenbrach kam noch kurz auf die neue Arbeitsordnung zu sprechen und erklärte, daß ein Entwurf ausgearbeitet sei. Es wäre deshalb notwendig, sich unverzüglich mit den Arbeitgebern in Verbindung zu setzen und auf der Grundlage der neuen Arbeitsordnung zu verhandeln.

In den Bezirksbeitrat wurden folgende Kollegen gewählt. Für den Bezirk Aachen: Gustav Wenzel, Aachen, Friedensstr. 24; Joseph Schümmer, Bärslein, Paulinstr. 15; Joseph Dammer, Düren, Bürgerich 385; Joseph Reintary, Wiktichen 78 bei Cuxkirchen. Für den Bezirk M.-Glabbach: Joseph Heinen, Giesendürchen; Kath. Kus, M.-Glabbach-Holt 114; Michael Thomajen, M.-Glabbach-Vardterbroich, Redarstr. 3; Gottfried Altgott, Rheidt, Birkenstr. 9; Peter Kühlen, Döntkirchen, Rheidtr. 234.

Kollege Weber wies einen Überblick auf die ganze Tagung, welche für die Zukunft von großer Bedeutung sein wird. Er dankt allen Delegierten für das rege Interesse, welches sie während der Tagung bekundet haben und schließt die Konferenz mit dem Wunsche die nächste Konferenz in Aachen abzuhalten.

Konferenz der Gewerkschaftsfunktionäre Südwestdeutschlands.

In Stuttgart tagte am 7. und 8. Sept. eine Konferenz der Gewerkschaftsfunktionäre, auf welcher Vertreter aus Württemberg, Baden und der Pfalz anwesend waren. Es wurde Bericht erstattet über den Stand der Bewegung in Württemberg und Baden und darauf die Satzungen für Landespartei beider Länder durchberaten und angenommen. Erstinstanzliche Referate über Wirtschaft- und Sozialpolitik und Riefer-Sädingen über Gewerkschaften und politische Parteien.

Zur Parteifrage wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Vertreterkonferenz der christlichen Gewerkschaften Südwestdeutschlands lehnt die Bestrebungen zur Gründung einer besonderen christlichen Arbeiterpartei ab. Sie sieht in diesen Bestrebungen deshalb eine große Gefahr, weil sie die Einheitlichkeit des bisherigen Aufmarsches der christlich-nationalen Elemente durchbrechen und zu einer politisch wie wirtschaftlich gleich gefährlichen Sondergruppenbildung führen muß, die dem von uns vertretenen Gemeinschaftsgedanken, in dem allein unser nationales, soziales und wirtschaftliches Heil liegt, keine Rechnung trägt. Die Lage Deutschlands gebietet, daß alle christlich-nationalen, sozial gerichteten Kreise unseres Volkes im Sinne einer von Gemeininn erfüllten Neugegestaltung unseres wirtschaftlichen Lebens zusammenstehen. Letzteres schließt nicht aus, daß in den Parteien eine zielklare Politik verfolgt wird, in der die berechtigten Ansprüche der schaffenden Stände mehr zur Geltung kommen. Die von unserer christlich-nationalen

Arbeiter- und Angestelltenbewegung stets erstrebte volle Gleichberechtigung...

Der folgende Vortrag des Kollegen Kuhn-Mannheim über unsere Herbst- und Winterarbeit fand sehr viel Zustimmung...

Zur Steuerfrage:

Die Vertreterkonferenz ersucht die Reichsregierung dringend, alsbald dem Reichstag einen Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des neuen Reichseinkommensteuergesetzes vorzulegen...

Verkehrsbeamte und -arbeiter und Generalstreik: Die Vertreterkonferenz der christlichen Arbeiterbewegung Süddeutschlands nimmt mit Genugtuung Kenntnis von der Haltung der Verkehrsbeamten und -arbeiter...

Berichte aus den Ortsgruppen.

Greiz (Vogtland). Erwerbslosenfürsorge. Der Gemeinderat beschloß in seiner Sitzung am 26. August die Bildung einer Kommission...

Seit einigen Wochen werden vom Wirtschaftsamt der Landesregierung Neuß Verhandlungen gepflogen, um einen größeren Auftrag für die Reichsische Textilindustrie zu beschaffen...

Am der großen Notlage der Erwerbslosen zu denken, ist der Bezirksausschuß bei der Landesregierung dafür eingetreten, einen Vorstoß auf die demnach zu erwartende Reichsbefehle anzugehen...

Leban. Unsere Gegner von links, an ihrer Spitze ihr Führer Arbeitersekretär Kutjan, können sich immer noch nicht damit abfinden...

Arbeitung Andersdenkender mit Fäusten und anderen Instrumenten nicht die geeignete Vorgehensweise der Arbeiter...

Döhrup. Betriebsräte und Folgen des Radikalismus. Zu der Nummer 37 vom 10. September des Deutschen Textilarbeiterverbandes steht ein Bericht aus Döhrup...

Zugegeben kann werden, daß der Betriebsrat der Firma Lorenz sich hat dazwischen lassen. Er hätte so etwas nicht billigen dürfen...

In der Sitzung des Sozialen Ausschusses in Berlin am 27. August, wo für die Reichsarbeitsgemeinschaft eine einheitliche Arbeitsordnung vereinbart wurde...

Der Vorsitzende dieses Schlichtungsausschusses ist aber ein ausgesprochener Sozialdemokrat. Darum das Urteil so viel schwerwiegender...

So machen es Mitglieder des Deutschen Verbandes und so handeln einzelne Beamte dieses Verbandes. Dem Genossen Wasse scheint auch gar nicht bekannt zu sein...

Der Obmann des Betriebsrates der Firma Niehus u. Dittling in Nordhorn, der Genosse Wehmer und Mitglied des Deutschen Textilarbeiterverbandes...

Man vergesse: In Döhrup macht der Betriebsrat aus Unkenntnis einen Fehler. Dieser wird aber sofort nach Bekanntwerden vom Beamten wieder gut gemacht...

Man vergesse: In Döhrup macht der Betriebsrat aus Unkenntnis einen Fehler. Dieser wird aber sofort nach Bekanntwerden vom Beamten wieder gut gemacht...

Man vergesse: In Döhrup macht der Betriebsrat aus Unkenntnis einen Fehler. Dieser wird aber sofort nach Bekanntwerden vom Beamten wieder gut gemacht...

Zum Schluß wollen wir nochmals erklären, daß wir das vom Genossen Wasse verfaßte „Vaterunser der Kapitalisten“ nicht als ein Anterbeturament betrachten können...

Manu (Vogtland). Eine sehr beachtenswerte Entscheidung. Unser Verband, Ortsgruppe Plauen, hat gegen den Betriebsrat der Industriewerke N. G. in Plauen Beschwerde darüber geführt...

Die Zurückweisung des Vertreters des eingangs genannten Verbandes war unzulässig.

Nach § 47 des Betriebsrätegesetzes kann an den Betriebsversammlungen je ein Beauftragter der im Betrieb vertretenen wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer mit beratender Stimme teilnehmen...

Der Rat der Stadt Plauen. Gz. Müller.

Betriebsräteliteratur.

Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 nebst Wahlordnung, Ausführungsbestimmungen und Verordnungen...

Die Neuauflage bringt eine reiche Erweiterung des Inhalts, insbesondere enthält sie die wichtigsten, bisher vom Reichsarbeitsministerium ergangenen Bescheide...

Da in dem Erlass von Ausführungsbestimmungen nunmehr ein gewisser Stillstand erreicht ist, empfiehlt es sich jetzt für alle, die mit dem Betriebsrätegesetz in der Praxis zu tun haben...

So machen es Mitglieder des Deutschen Verbandes und so handeln einzelne Beamte dieses Verbandes. Dem Genossen Wasse scheint auch gar nicht bekannt zu sein...

So machen es Mitglieder des Deutschen Verbandes und so handeln einzelne Beamte dieses Verbandes. Dem Genossen Wasse scheint auch gar nicht bekannt zu sein...

Versammlungskalender.

Pengenfeld (i. Bgl.). 9. Oktober, 1/8 Uhr, im Lokale Gasthaus „Waldschlößchen“ in Eich, Mitgliederversammlung.

Inhaltsverzeichnis.

Bekanntmachung. Artikel: Notwendigkeit der Arbeiterbildung. - Gewerkschaftliches Leben in Deutschland. - Die Erwerbslosenfürsorge...

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Tannenstr. 33.